

Asquith über die Rekrutierung. Eine neue Wehrpflichtbill.

L. London, 2. Mai. (Meldung des Reuterschen Bureaus.)

Im Unterhause gab Premierminister Asquith eine Erklärung über die Rekrutierungspolitik der Regierung und über andere Fragen ab. Er betonte, die Beratung des Wehrpflichtgesetzes in der letzten Woche habe gezeigt, daß der Vorschlag der Regierung, die Rekrutierung nach und nach durchzuführen, die Gunst des Hauses nicht sich unverzüglich mit allen Seiten der Frage an der Hand der einzigen Maßnahme beschäftigen, die ihm morgen vorgelegt werden sollte.

Asquith verwies darauf, daß die gesamte Wehrmacht des Reiches zu Wasser und zu Lande seit Kriegsbeginn fünf Millionen Mann überschritten habe und daß die Aufrechterhaltung der Seeherrschaft durch die Flotte und die Handelsmarine und die Finanzierung der Alliierten der britischen Rekrutierung Grenzen setze, die für die anderen kriegführenden Staaten kaum oder überhaupt nicht vorhanden seien.

Die Zahl der Mannschaften, welche der vollständige Entwurf der Regierung zugestehen wolle, werde die gegenwärtig verfügbare Anzahl derjenigen Männer umfassen, die aus der Industrie genommen werden könnten, ohne das Land zur Erfüllung seiner anderen Verantwortlichkeiten unfähig zu machen. Diese Pflichten seien zur erfolgreichen Fortführung des Krieges ebenso wesentlich wie die Aufrechterhaltung der zum Frontdienst festgesetzten Mannschafszahl.

Der Premierminister führte sodann aus, daß es insbesondere die am 27. v. M. abgegebenen Erklärungen der Vertreter der Arbeiterpartei gewesen seien, welche die Regierung ermutigten, zu glauben, daß der allgemeine Wunsch bestehe, die ganze Angelegenheit ein für allemal zu erledigen. Er hoffe, daß der jetzige Entwurf zu diesem Ziele führen werde.

Asquith wandte sich dann gegen die Kritiker der Regierung und erinnerte das Haus daran, daß Pitt und der Herzog von Wellington am Vorabende der Schlacht von Salamanca genau denselben Kritiken ausgesetzt gewesen seien. Seine Antwort an die Kritiker gehe dahin, daß, welche Irrtümer und Fehler auch begangen worden seien, der Anteil des britischen Reiches an der gemeinsamen Sache der Alliierten gewachsen sei und beständig von Monat zu Monat wachse. Auch glaube er, daß die Lage der Alliierten zu Wasser und zu Lande niemals besser gewesen sei als im gegenwärtigen Augenblick.

L. London, 2. Mai. „Daily News“ melden: Die Regierung ist zu dem Schlusse gekommen, daß nach den jüngsten Ereignissen die allgemeine Wehrpflicht unvermeidlich sei.

Man erwartet, daß Premierminister Asquith heute im Unterhause eine neue Bill einbringen wird, die die militärische Dienstpflicht für alle Männer militärfähigen Alters einführt.

Es scheint, daß die drei der Arbeiterpartei angehörenden Minister Henderson, Roberts und Brace diese Politik billigen, die jetzt auch die Unterstützung eines ziemlich großen Teiles ihrer Partei hat.

Das Blatt schreibt: Asquith wird heute im Parlament eine Lage vorfinden, die so schwierig ist, wie niemals. Er kann sich glücklicherweise darauf berufen, daß der Aufstand in Irland beendet ist, aber die Schwierigkeiten infolge des Aufstandes sind trotzdem sehr groß. Dann muß sich die Regierung über Kute-el-Amara und die Dienstpflicht äußern, die die größten Schwierigkeiten bietet. Vom liberalen Parteistandpunkte aus könnte man die Leitung des Krieges wohl den Konservativen überlassen, aber es würde sich kaum ein konservativer Führer finden, der bereit wäre, die Aufgabe zu übernehmen.

Die „Times“ sagen: Die Ereignisse der vorigen Woche zeigen deutlich, daß Änderungen in der Regierung dringend notwendig sind. Das Kabinett muß verkleinert werden und darf höchstens aus sechs Ministern bestehen.